



Peter Klasvogt

Über 400 Millionen Menschen waren vor kurzem aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen: aufgefordert, ihre Stimme abzugeben und so an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung mitzuwirken. Wahlen sind die Grundpfeiler der repräsentativen freiheitlichen

Demokratie, denn „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (GG, Art. 20). Was so lapidar daherkommt, ist das Ergebnis eines jahrhundertlangen Ringens um Freiheits- und Partizipationsrechte. Umso erstaunlicher – und leider im Trend auch durch die Europawahlen bestätigt – mutet es an, dass sich in unseren Tagen Demokratiemüdigkeit breitmacht, denn mittlerweile „erweisen sich Wahlen [...] offenbar weniger als Mittel zur demokratischen Korrektur und Infragestellung der Politik denn als Gelegenheit, um aus der Demokratie selbst ‚abzuwandern‘.“¹ Doch wie kann es in der westlichen Welt des 21. Jahrhunderts dazu kommen, dass sich ein Überdross an der Demokratie breitmacht? Allenthalben macht sich „Demokratiemüdigkeit“ breit (Arjun Appadurai). Die Gründe für die Abkehr von der Demokratie sind vielfältig wie umstritten: die zunehmende soziale Ungleichheit, ein tiefer Graben zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite und den Wählern, die Verunsicherung durch die unverstandene Komplexität der globalen, digitalen Welt, Zukunftsängste um den erreichten Wohlstand, der Mangel an Respekt in der Gesellschaft.

Populisten haben auf alle Probleme eine einfache Antwort. Demokratische Politik ist aber nicht einfach, und liberale Demokratie ist nicht selbstverständlich, so Wolfgang Thierse in diesem Heft. Zu ihrer Wiederbelebung

Demokratie neu stärken

formuliert er angesichts der gegenwärtigen Krise zehn Einsichten politischer Kommunikation, die sich auch als Regeln politischen Anstands lesen lassen. Die Beiträge von Ute Scheub und Rolf Ahlrichs plädieren anhand von konkreten Beispielen für eine partizipative Demokratiebildung. Zentral ist dabei die Erfahrung demokratischer Willensbildung in der Lebenswelt, um die Reduzierung demokratischer Beteiligung auf „Wahlen“ zu überwinden. Oliviero Angeli diskutiert den Streit um die Zuwanderung als neue Herausforderung nationalstaatlich geprägter Demokratien. Oliver Hildago zeigt in einer breit angelegten theoretischen Untersuchung auf, wie die inneren Spannungen normativer Widersprüche in der Demokratie, etwa der alte Streit um Freiheit oder Gleichheit, als spezifisches normatives Gerüst lebendiger Demokratie gedeutet werden können.

Alle Beiträge lesen sich auch als Kommentare zur aktuellen Krise der Demokratie. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist allen der Einsatz für eine liberale, pluralistische, rechts- und sozialstaatliche Demokratie. Dass das Vertrauen in die Demokratie nicht selbstverständlich ist, betonen auch die beiden großen Kirchen in ihrem neuen Gemeinsamen Wort „Vertrauen in die Demokratie stärken“ (siehe dazu den Beitrag von Johannes Frühbauer). Sie fordern eine „demokratische Sittlichkeit“ ein – die faire Teilhabe, respektvolle Teilnahme und wechselseitige Verantwortung im demokratischen

Meinungsstreit –, um die Demokratie zu stärken und als Regierungsform der Freiheit zu erhalten.

Als Francis Fukuyama im Wendjahr 1989 mit seinem Essay „Das Ende der Geschichte“ den Fall des Eisernen Vorhangs als Höhepunkt der gesellschaftlichen Evolution bezeichnet hatte: den unumkehrbaren Weg hin zu einer weltumspannenden Demokratie, konnte sich keiner vorstellen, welche Faszination eine Generation später das Gegenmodell einer „illiberalen Demokratie“ ausüben würde. Mit seinem neuen Buch ist Fukuyama, so scheint es, in der „Gegenwart der Geschichte“ angekommen, in der ernstlich „die weltweite Ausmusterung der liberalen Demokratie und ihre Ersetzung durch irgendeine Form des populistischen Autoritarismus“² zu befürchten ist. Schon im Titel seines Buches deutet sich an, was Demokratietheoretikern vergangener Tage (und auch ihm selbst) möglicherweise entgangen ist: „Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“. Der Versuch, die ökonomischen Faktoren mit den politischen Emotionen in Beziehung zu setzen, erscheint auf dem Hintergrund der globalen Dimension der Identitätsproblematik plausibel und eröffnet neue Handlungsperspektiven, denn Demokratien, auch historisch gewachsene, so zeigt sich, sind keine Selbstläufer, sondern sind je und je neu auf eine lebendige demokratische Kultur angewiesen, die das Bedürfnis nach Würde und Stolz befriedigen kann.

¹ Arjun Appadurai, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation unserer Zeit, Suhrkamp Verlag Berlin 2017, 27.

² Arjun Appadurai, Demokratiemüdigkeit, 17.